

Bezugspreis: Vierteljahr 12,50 M., monatlich 4,50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abendliche Konzeptschleife ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 2. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Welche Landwirte haben voll abgeliefert?

Die wissenschaftlich betriebene Statistik ist das Gewissen der Volkswirtschaft. Dies Gewissen schläft nicht.

So rechnet heute die Statistische Abteilung der Reichsgetreidestelle (R. G.) mit der Ablieferungsschuldigkeit der Landwirtschaft im Erntejahr 1917/18 in einem eingehenden und umfangreichen Tabellenwerk ab, welches nach den tatsächlichen Unterlagen berechnet wurde.

Eine Statistik, bei der Schätzungen (hier Ernteschätzungen) mitsprechen, ist von den Betroffenen noch nie unwillkommen geblieben. Um derartigen Einwendungen zu begegnen, hat der Statistiker alle jene beeinträchtigenden Momente von vornherein berücksichtigt bzw. ausgeschaltet.

Dem ist zu entgegen, daß sämtliche Vergleiche eine auffallende einheitliche Tendenz aufweisen, und daß sich hierin eine bestimmte Allgemeingültigkeit zu offenbaren scheint.

Das Tabellenwerk gliedert die 691 in Betracht kommenden Kommunalverbände bzw. Versorgungsverbände zunächst in sieben große Gruppen. Zu Gruppe I gehören die Verbände mit ganz überwiegend Kleinbesitz (0-5 Hektar, den Sektor zu 4 Preuß. Morgen), wo also diese Besitzform 66%, Proz. bis 100 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ausmacht.

Natüremäßig wächst mit der Besitzgröße die Ablieferungsschuldigkeit, schon wegen der schwächeren Bewirtschaftung. So ist in den Kleinbesitzgruppen I und II kein einziger Verband, der eine Ablieferungsschuld von über 50 000 Doppelzentner hat, dagegen haben in Gruppe III (mehr als die Hälfte der Fläche ist hier Mittel- und Großbesitz) schon 5 Proz. der dazu gehörenden Verbände eine solche Ablieferungsschuld, in Gruppe VII dagegen bereits 91 Proz.

Um ein schärferes Bild zu bekommen, wurden die Verbände mit einer Schuld von noch nicht 2000 Doppelzentner ausgemerkt. Da ergibt sich, daß die Gruppen III und IV (Mittelbesitz vorwiegend) in der Ablieferung günstiger dastehen, als V, VI und VII. Es lieferten nämlich über 90 Proz. ihrer Ablieferungsschuld (das wäre fast ideal) ab: von Gruppe IV 29 Proz. sämtlicher Verbände, V = 24 Proz., VI = 15 Proz. und VII gar nur 14 Proz. die Verbände mit größerem Grundbesitz also relativ am wenigsten.

Um noch sicherer zu gehen, wurden schließlich alle Verbände ausgetrennt, die überhaupt nicht abgelieferten. So verblieben 572 Kommunalverbände. Bei einer wissenschaftlich sehr kritisch durchgeführten (hier aus Raummangel nicht darstellbaren) Umrechnung der Ablieferung von Doppelzentner pro 100 Hektar ergibt sich, daß wieder gerade der „mäßige“ Großbesitz (über 200 Doppelzentner pro 100 Hektar) mit 20 Proz. gegen 28 Proz. sämtlicher Verbände weit zurückbleibt.

Wieviel haben die Kommunalverbände nach Abzug für die Selbstverfoger, die Versorgungsberechtigten der Verbände und der Zulagemengen, überhaupt „erfaßt“? Auch hier das betrübende Bild, daß es gelang,

Auslieferung und Reichspräsident.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt in ihrem Neujahrsartikel, sie höre, daß der Reichspräsident sein Amt niederlegen würde, wenn die Entente die Auslieferung deutscher Staatsbürger an Ententegerichte fordern sollte.

Wir können dazu mitteilen, daß es sich bei der Behauptung der „Täglichen Rundschau“ um ein parteipolitisches Manöver handelt, zu dem gerade der „Täglichen Rundschau“ jede sachliche Unterlage fehlt.

Ein englischer Hinauswurf.

Nach dem Pariser Blatt „l'Heure“ (Die Stunde) haben die Engländer dem Kaiser eine Note überreicht, um darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Streitkräfte den Brückenkopf Koblenz besetzt hielten, aber die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles noch nicht ratifiziert hätten, also auch keinen offiziellen Vertreter in der „Hohen Kommission“ haben könnten.

Die Volksabstimmung.

Der Oberste Ententerrat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungstruppen in den Abstimmungsgebieten jeder an der Befragung teilnehmenden Macht obliege; die Rückstattung der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird.

Eine neue Frage: Nach dem Versailler Verfassungsbuch bliebe Deutschland die Gerichtsbarkeit in den Abstimmungsgebieten bis zur Abstimmung. Man „fürchtet“, Deutschland könne Agitatoren wegen Landbesitz verfolgen. Die Lösung dieser Frage dürfte die Inkraftsetzung des Friedens über den 6. Januar hinausdrücken.

Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 192 000 Tonnen Schwimmbüchse abliefern. Der Rest des Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern. Die englischen Besatzer haben bereits in Hamburg und Kiel Inventur gemacht. Im Pariser Pressehaus haben die Verhandlungen zwischen der Kommission u. Simson und den Ententerepresentern begonnen.

Die Washingtoner Konferenz.

Die französische Abordnung zur internationalen Konferenz für Arbeiterrecht in Washington ist in Le Havre angekommen. Generalsekretär Joubert äußerte, das erwartete Ergebnis sei noch nicht erreicht, der Konferenz sei das Recht internationaler Gesetzgebung noch nicht geworden. Ihre Arbeit sei also nur akademisch gewesen. Trotzdem bedeutete die zum Teil unvollständigen Beschlüsse einen großen Schritt zu internationaler Regelung und zur Beseitigung imperialistischer Gegensätze.

in die öffentliche Hand über 90 Proz. der Ernte zu bekommen: in Gruppe IV und III bei 57 bis 58 Proz. der Kommunalverbände, bei VII nur 34 und bei VI nur 29 Proz. Auch in dieser Richtung hätten demnach die Verbände mit überwiegend höheren Besitzklassen auffallend verfaßt.

Bisher war bei Gruppierung das Merkmal des mehr oder weniger vorherrschenden Kleinbesitzes (bis 5 Hektar) maßgebend. Um etwaigen Einwendungen gegen eine solche Gruppierungsmethode zu begegnen, wurde eine andere Gruppierung vorgenommen. Gruppe A: umfassend die früheren Gruppen I und III, also Kleinbesitz im erweiterten Sinne; Gruppe B: umfassend die Gruppen III bis VI, jedoch ohne die Kreise mit ausgesprochenem Großgrundbesitz, also Mittelbesitz im eigentlichen Sinne; Gruppe C: die Verbände aus starkem Großbesitz, d. h. alle Kreise, in denen der Großgrundbesitz (über 100 Hektar) allein mehr als 33%, Proz. der Gesamtfläche einnimmt. Hier ergibt sich, daß die Hälfte aller Kreise von A (Kleinbesitz) ihre Ernte mit mehr als 90 Proz. erfaßt hat, in B (Mittelbesitz) noch 47 Proz. aller Kreise, dagegen in C (Großbesitz) noch nicht ein Drittel, nämlich nur 32 Proz. aller Kreise.

Indem sie den Gründen hierfür nachgeht, weist die amtliche Statistik darauf hin, daß, da von einer allgemein „zu hohen Ernteschätzung“ keine Rede sein kann, der wahre Grund nur „in der allgemein unwirksamen Kontrolle der Wirtschaftsführung der Grob-

triebe gegenüber der schärferen und wirksameren Kontrolle in den Mittel- und Kleinbetrieben“ liegt. Der statistische Kritiker kommt dabei auf die jede geordnete Getreidebewirtschaftung zerstörenden Faktoren: Schleichhandel, Grenzschmuggel und übermäßige Verfütterung zu sprechen. Durch eingehende Rückfragen bei den einzelnen Einkaufsstellen der R. G. wurden ausgesprochene „Schleichhandelskreise“ festgestellt, und zwar 90 dieser Art, gleich 14 Proz. aller Kreise. Hiervon entfallen 6 auf Kleinbesitzkreise, 44 auf die (zahlreichen) Mittelbesitzkreise und 40 auf die (an Zahl weitaus geringeren) Großbesitzkreise. Beim Kleinbesitz sind 9 Proz. aller zugehörigen Kreise „schlecht“ in diesem Sinne, beim Mittelbesitz 11 Proz., beim Großbesitz aber nicht weniger als 24 Proz., also fast ein Viertel! Das ist eine „klare“ Feststellung, wie der Statistiker bemerkt.

Diese „schlechten“ Kreise waren ein Krebsgeschaden für unsere Ernährungswirtschaft. Von ihnen haben 41 Proz. weniger als 80 Proz. der Ernte erfaßt, dagegen von den übrigen mehr oder weniger „guten“ Kreisen nur 21 Proz. Andererseits ist es 40 Proz. der guten Kreise gelungen, über 90 Proz. zu erlassen, dagegen nur 18 Proz. der schlechten Kreise.

Zum Schluß geht das Tabellenwerk noch kurz an Hand der preussischen Viehzählung vom 1. Juli 1918 auf die Viehhaltung ein. Von den 420 Landkreisen herrscht bei nur 17 der Kleinbesitz vor, bei 262 der Mittelbesitz, bei 141 der Großbesitz. Mit Bezug auf die Besitzgröße und die Wechselbeziehung von Getreideernte und Viehhaltung ergibt sich aus den Viehtabellen, daß die Kreise mit vorwiegendem Großbesitz bedeutend schlechter abzeichnen als der kleinere und mittlere Besitz. Das geht ganz offensichtlich namentlich aus einer Tabelle hervor, in der alle Kreise mit zu kleiner Ernte — das sind namentlich die Stadtkreise —, ferner alle „schlechten“ Kreise und alle Kreise mit „übermäßiger“ Viehhaltung — mehr als 175 Stück pro 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche — ausgeschieden sind, also die „normalen“ Kreise verblieben.

Dem Statistiker ist nicht unbekannt, daß in neuerer Zeit verhältnismäßig Kreisstatistiken ähnlicher Art veröffentlicht worden sind, nach welchen die Ablieferung der Großgüter die der kleineren Besitzhöhenklassen überragen soll. Das mag gewiß in vielen Fällen und besonders in streng verwalteten Kreisen seine Gültigkeit haben, ganz abgesehen von der Frage, ob derartige Statistiken einwandfrei nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Statistik bearbeitet worden sind. Jedenfalls ist aber doch der aus dem geschilderten Tabellenwerk gewonnene Eindruck im einzelnen wie im ganzen so stark, und erschüttert allfällige Ansichten so entschieden, daß der Bearbeiter dieser Statistik zu folgenden Schlüssen gelangt:

Die gefundenen Tatsachen genügen vollkommen zur Beantwortung der während des Krieges oft gestellten und ebenso oft falsch beantworteten Frage: Welche landwirtschaftlichen Kreise haben in den Rötten des Krieges die Pflicht gegen die Allgemeinheit am stärksten vernachlässigt? Wir haben versucht, abseits von allem verwirrenden Parteihaß, lediglich auf Grund einwandfreier Zahlen eine Antwort auf diese Frage zu finden.

Mit dieser zu Ungunsten des größeren Grundbesitzes ausfallenden Antwort wird sich diese Besitzform auseinandersetzen müssen.

Nochmals Herr Oehme.

Wir erhalten vom Genossen Moser folgende Zuschrift:

Während Herr Oehme sich gestern noch über meinen angeblichen Vertrauensbruch Herrn Ladnigki gegenüber entäußerte, versucht er heute die Tatsache selbst in Frage zu stellen, daß er bei seinem Ausscheiden aus der Reichsanleihe Herrn Ladnigki das Angebot machte, doch an seiner Stelle dem „Berliner Volksblatt“ für 150 Mark monatlich politische Nachrichten vorzuentwerfen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich erst vor etwa 14 Tagen von Herrn Ladnigki die Erklärung erhielt, daß er den von mir oben mitgeteilten Sachverhalt des Oehmischen Angebots auf seinen Eid nehmen wolle. Da mir Herr Ladnigki als durchaus zuverlässig bekannt ist, habe ich nicht den geringsten Anlaß, an seinen Angaben zu zweifeln. Ich halte deshalb auch diese meiner Mitteilungen ebenso wie alle anderen vollständig aufrecht. Ich möchte jedoch meiner Vermutung Ausdruck geben, daß Herr Oehme, wenn er glaubt, von diesem schweren Vorwurf sich rechtfertigen zu können, sich damit begnügt, an verstedter Stelle in der „Freiheit“ meine Angaben zu dementieren, statt durch Stellung eines Strafverfahrens gegen mich Herrn Ladnigki zu nötigen, seine Bekundungen unter Eid zu wiederholen.

Ernst Moser.

Herr Oehme ist also gestellt und wir sind sehr neugierig, wie er sich zu dieser doch recht klaren Aufforderung verhalten wird. Vielleicht lernt bei dieser Gelegenheit die „Freiheit“ auch, wie wenig klug es ist, mit frisch uebergelaufenen politischen Geschäfte zu machen.



# Reichseinkommensteuer und Angestellte.

Von den neuen direkten Steuern kommt für den Angestellten und Beamten — wenigstens in der überwiegenden Mehrzahl — nur die Reichseinkommensteuer in Frage. Daher sei in folgendem diese Steuer einer näheren Betrachtung unterworfen.

Von Vorteil ist entschieden die Einheitlichkeit der Steuer im gesamten Deutschen Reich und auch die prozentuale Steigerung der Steuerätze bei steigendem Einkommen ist vom sozialen Standpunkt aus durchaus anzuerkennen. Allerdings ist die steuerfreie Einkommensgrenze mit 1000 bzw. 1500 Mk. für Verheiratete ohne Kinder viel zu niedrig angesetzt und steht in keinem Verhältnis zur Entwertung des Geldes. Hier ermächtigt der Nationalversammlung noch sehr viel Arbeit, um das Gesetz in eine soziale Form zu bringen.

Abgesehen von diesem Punkt kommt noch ein Moment hinzu, welches infolge seiner Neuartigkeit in der gesamten Steuererhebung einer kritischen Beleuchtung bedarf. Es ist die Art der Steuererhebung an der Einkommensquelle durch den Arbeitgeber.

Nach der Vorlage soll bei jeder Gehalts- bzw. Lohnzahlung ein Betrag von 10 Proz. einbehalten und in Form von Steuermarken in eine Karte geklebt werden, während die endgültige Berechnung nach wie vor durch die Steuerbehörde erfolgt. Ein Beispiel möge diese Erhebung einmal genauer kennzeichnen.

Ein verheirateter Angestellter ohne Kinder beziehe ein Gehalt von 6000 Mk. Steuerfrei sind hiervon 1500 Mk., so daß 4500 Mk. zu versteuern wären. Der Steuerfuß hierfür errechnet sich zu 530 Mk., während durch den 10prozentigen Abzug im Laufe des Jahres 600 Mk. an Steuern einbehalten werden. Der Angestellte hat also 70 Mk. mehr bezahlt, als sein Steuerfuß überhaupt beträgt, und die erst nachträglich durch die Steuerbehörde zurückerstattet werden müßten. Hieraus ist ersichtlich, daß die Fixierung des einzubehaltenden Lohnes mit 10 Proz. etwas zu hoch angesetzt ist. In der Praxis wird dies noch deutlicher in Erscheinung treten, da in dem Beispiel wieder Beiträge zur Angestelltenversicherung und noch Beiträge für Berufsvertretungen (Gewerkschaften usw.) in Abzug gebracht worden sind und das Gesetz bei Einkommen bis 10 000 Mk. eine Ermäßigung des Steuerfußes bis zu 50 Proz. im Falle besonderer Notlage vorsieht. Dem Angestellten würde also erst nach Entrichtung seines 10prozentigen Lohnabzuges der Weg der Reklamation offen, der nach den bisherigen Erfahrungen sehr langwierig ist und eine besondere Hartnäckigkeit der Steuerbehörde gereizt hat, wenn es sich darum handelt, etwa schon bezahlte Steuern zurückzufordern. Vor allen Dingen beansprucht ein solches Verfahren auch bei schnellster Erledigung immer eine gewisse Zeit, während es einem in Not befindlichen Angestellten darauf ankommt, möglichst über sein gesamtes Einkommen verfügen zu können. Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten böte daher vielleicht folgender Vorschlag:

Ein bestimmter Prozentsatz der vom Arbeitgeber an den Steuerfuß abzuführenden Beträge wird zurückbehalten und bildet den Fonds für eine Ausgleichskasse, über die dem Reich selbstverständlich das Verfügungsrecht gewahrt bleibt. Die Veranlagung dieser Kasse untersteht den Organen, die bisher schon die sozialen Fürsorgeeinrichtungen (Angestelltenversicherung, Krankenkasse usw.) verwalten haben. Der Zweck dieser Ausgleichskasse ist nun der, daß Angestellte, die wie oben dargelegt, Ermäßigungen ihres Steuerfußes beanspruchen zu können glauben, sich an sie wenden und in begründeten Fällen eine sofortige Rückzahlung in zwei getrennten Raten erreichen können, natürlich unter Vorbehalt einer endgültigen Regelung durch die Steuerbehörde. Diese Einrichtung würde auch den Betriebsräten ein dankenswertes Gebiet zur sozialen Betätigung eröffnen, denn derartige Besuche müßten zunächst dem Betriebsrat vorgelegt werden, der nach Prüfung und nach Rücksprache mit dem zuständigen Steuerdezernenten eine Auszahlung durch die Ausgleichskasse verfügt.

Selbstverständlich bedarf diese Anregung noch eines ein-

gebenden Studiums, ehe sie verwertet werden kann, aber wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg.

Kater Vogel.

# Gegenwart und Vergangenheit.

Besser als die armeligen Christbäume des deutschen Volkes leuchtet die Freiheit der Reaktionen. Die „Kreuzzeitung“ hat den Mut zu schreiben: „Die Gegenwart gehört den Urhebern und Nutznießern der Revolution; sie gehört den Demagogen auf der Gasse, sie gehört der heute regierenden Unfähigkeit, sie gehört den Landfremden und denen, die unser Volk dem eigenen Wesen entfremdet haben. Uns gehört die Zukunft.“

Das mit der Zukunft wollen wir dahingestellt bleiben lassen; es werden sich wohl einige Hemmungen ergeben. Aber die Vergangenheit, wem gehörte die? Den Urhebern und Nutznießern des Krieges, den Trotteln und Verbrechern auf den Thronen und in den Geheimkabinetten, den allerdings zu jedem Wahnsinn und jeder Dummheit fähigen; sie gehörte denen, die dem deutschen Volk ewig fremd geblieben sind und unser Volk in tiefes Elend nach beispielloser Opferung und Ausbeutung gemworfen haben! Und was den herausfordernden Wahlspruch der „Kreuzzeitung“ „Mit Gott für König und Vaterland“ betrifft, so liegt es ja ganz im Ermessen der Reaktionen, Gelegenheiten heraufzubeschwören, bei denen ihnen solche Sprüche vorgelesen werden.

# Willi wollte aufhängen.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen Brief Wilhelm des Narren an seinen „lieben Nisi“, den Baron Nikolaus vom Februar 1895, der u. a. folgenden schönen Satz enthält:

„Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehängt zu werden.“

Der kaiserliche Trottel war damals in heller Wut, weil sich der Reichstag weigerte, höchstbedenklichen ZuchtHausvorschlagen anzunehmen. Wenn er auch nur ein Schwäger war, so beweist doch dieser Brief, daß der bornierte Junker schließlich infolge seiner Stellung ein sehr gefährlicher Schwäger war. Zum Denken ist es nicht gekommen, dafür können sich viele Millionen Erschaffener bei ihm bedanken.

# Die Hilfe für Wien.

Wenn auch Deutschlands Brotlieferung leider eingestellt wird, — wir hoffen, daß das nur vorübergehend geschieht, — so kommt unter dem Eindruck des entsetzlichen Schicksals, das die Weltbevölkerung von Paris über Wien in voller Kenntnis der unauflöselichen Folgen verhängt haben, die Hilfsaktion auch in den entferntesten Ländern in Schwung. In London sind 90 000 Pf. Sterling gesammelt, was heute 54 Millionen Kronen bedeutet. In Italien sind die ersten Transporte Wiener Kinder eingetroffen; sie werden an die Riviera gebracht und sind auf der Reise von den Eisenbahnen u. s. w. in herzlichster Weise betreut und beschenkt worden. Daneben geht das Hilfswort der Neutrolen und das schon bald festsitzende Getreidelager in Triest wird in Bewegung gesetzt.

Inzwischen freilich sind die Zustände noch ungesichert und Deutschösterreich in dieser Gefahr und Isolierung kann sich überhaupt niemals selbst erheben. Augenblickliche Unterstützungen lösen das Problem nicht.

# Das Röckling-Urteil.

Auch ein dritter Bruder Röckling ist zu schwerer Zuchthaus- und Geldstrafe verurteilt worden. Damit sind sämtliche Geschwister der bedeutenden Studienunternehmens von der ausländischen und, wie man ruhig sagen kann, feindlichen und Justiz verurteilt. Man will die Röckling-Werke in Leobring und an der Saar in französischer Hand bekommen.

Die von der Reichsregierung eingeforderte Anklageschrift ist in Berlin eingetroffen. Sie umfaßt 20 Seiten und dürfte in Kürze veröffentlicht werden. Der Pariser „Figaro“ berichtet

„Robert Röckling war Revolverkoffizier. Er wurde im Dezember 1918 in seiner Fabrik in Karlsruhe verhaftet, weil er den Oberst Merier, Inspektor der Pfortenwerke, beleidigt hatte. Merier fragte ihn, warum er das gestohlene Material, das in seinen Fabriken aufbewahrt und beim Herannahen der Franzosen auf Befehl Robert Röcklings in die Luft gesprengt worden war, habe verschwinden lassen. Die Anklage hat ergeben, daß die Brüder Röckling während des Krieges die systematische Herstellung der französischen Eisenwerke im Vassin von Prie, in Achen, La Chere, Niveville und Longwy betrieben haben, um ihre Konkurrenz zu unterdrücken. Sie haben zwei Jahre gebraucht, um acht Millionen Tonnen Material in ihre Fabriken in Karlsruhe schaffen zu lassen. Alles übrige wurde an Ort und Stelle so beschädigt, daß ein Betrieb in den Werken unmöglich gemacht wurde. Bei Robert Röckling hat man außerdem Waagen, Möbel und Kunstgegenstände gefunden, die in Frankreich geschaffen waren. Der Angeklagte hat behauptet, daß er auf Weisung der deutschen Regierung gehandelt habe, aber die Verhandlungen haben ergeben, daß er aus eigener Initiative gehandelt, und daß die Regierung sein Verbrechen nur gebilligt hat.“

Das sind einseitige Angaben; man muß eine unparteiische Darstellung abwarten — aber die Beurteilung durch ein fremdes, ja feindliches Gericht kann niemals Recht werden.

# Die türkischen Wahlen.

Erst jetzt erfährt man über Paris einige Einzelheiten über das Ergebnis der am 18. Dezember in der Türkei stattgefundenen allgemeinen Parlamentswahlen. Die Wahlbeteiligung war so schwach, daß man in Konstantinopel fast 82 Proz. Wahlenthaltung feststellte. Die Tendenz der Wahlen ist, wie die französische Presse mit unerschütterlichem Bedauern feststellt, ausgesprochen unpopulär der unionistischen und nationalistischen Kandidaten. So ist der Nationalistenführer Mustafa Kemal Pascha in Erzurum gewählt worden. Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch und dem Waffenstillstand die öffentliche Meinung fast allgemein zugunsten der Alliierten war, ist in den letzten Monaten der Einfluss dieser ententefreundlichen Partei immer mehr zurückgegangen, während die Jungtürken und die Nationalisten ihr Haupt wieder erheben. „Figaro“ fordert daher die Entente Regierungen, auch endlich Frieden mit der Türkei zu machen, sonst werde sich dieser antialliierte Stimmungsumschwung noch fähbarer machen.

# Wissen aber kein Gewissen...

Wir berichteten bereits über den Besuch der französischen Akademie, im Einklang mit den übrigen Akademien der alliierten Länder, die Beziehungen mit deutschen Gelehrten nicht aufzunehmen. Der „Populaire“ schreibt dazu: „Die französischen Gelehrten haben sich während des Krieges nicht besser bewährt, als die deutschen. Sie haben weder bürgerlichen Mut, noch gefunden Patriotismus, noch menschliches Mitgefühl an den Tag gelegt. Auch jetzt noch widerstreben sie nicht dem Verbrechen der Okkupation gegenüber Rußland. Sie haben vielleicht Wissen, aber kein Gewissen.“

Wir werden uns mit dem „Populaire“ schon darum trösten können, als vorläufig die mehr oder minder schönen Erfolge der beiderseitigen Gelehrten füreinander noch nicht der Sorgen gründe sind.

# Kleine politische Nachrichten.

Der verhinderte Bismarck. Laut „Schwäbischer Merkur“ hat die Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts die Verhandlung über den Einspruch des früheren Kaisers gegen die Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ auf den 30. Januar verlagert.

Karl von Wedel ist in Stockholm gestorben. Er war General beim alten Wilhelm, dann Botschafter in Wien und später Statthalter in Ostpreußen. In diesen Stellungen hat er sich die Feindschaft der Kriegstreiber und Schatzmacher zugezogen. Im Kriege gründete er gegen den Schäser-Jahrmann-Annektionsschutz eine Gegenorganisation.

Die Deutsch-Roskauer vom I. S. V. Vorstand laden die auf diesem Boden stehenden Parteien anderer Länder zu einer Besprechung ein, die womöglich im Februar d. J. in Deutschland oder Oesterreich stattfinden soll. — Die Bezugnahme auf Oesterreich soll offenbar die Wiener Parteileitung brüderlich in Verlegenheit bringen. Ist es doch Roskau, das den härtesten Kampf gegen die innere Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie führt.

So der märkische Dichter. Auch diese Neuerung gehört zum Gesamtbilde des Dichters, den wir lieben und verehren. Auch sie sagt, wie Hart er war, sich vom Scheinglanz freizumachen. In Verrottung ging die bismarckische Staatsmacht in den achtziger Jahren nieder; ihre letzte Kunst war der Versuch, die Arbeiterklasse zu knebeln, und daran zerbrach sie. Fontanes Stimmungen in den achtziger Jahren haben keinen Zweifel gelassen, wie dem Dichter die Kultur jener Epoche anmutete. Das Aufsteigen der Arbeiterklasse bedeuete auch ihm innere Rettung.

Schillertheater: Die Tür ins Freie. Das Schillertheater hat mit der Silberrückführung dieses weniger bekannten Lustspiels der alten Schwankfirma Blumenthal und Nabelburg einen glücklichen Griff getan. Der hübsche Einfl. dah in einem wohlgestimmten, von Tönen und Reden auf das Ehe- und Familienalltag seiner Honoratioren widerhallenden Ständebild nachträglich in Arrangementsformen im handschriftlichen Register einbelegt werden, die ein paar Dutzend dieser Musterreden als geschicklich ungültig erscheinen lassen, ist zu einer amüsanteren Verfassung ausgenutzt. Die Möglichkeit, der Kontrolle der gestrengen Hausfrau nach langen Jahren plötzlich zu entweichen und zu dem Jungferstand zurückzukehren, entzündet in den Herzen der Paradiesischen häusliche Emanzipationsbegeisterung. Sie wollen durch die Tür, die ihnen eine solche unerhörte Günst des Rufes endlich öffnete, ins Reich der Freiheit schlüpfen. Ein Uebermut, der nach Gebär bestraft wird. Der Elavenausflucht endet mit einer Niederlage auf der ganzen Linie, sobald das schwächere Geschlecht den Ansehen zu erwecken weiß, daß es den Spieß umkehren und die Rollen vertauschen der Schöpfung beim Wort zu nehmen denke. Die Rebellin, in Anst vor ihrer eigenen Courage, sind schließlich beifroh, in Gnaden wieder zuzuhause zu werden. Die Autoren haben es verstanden, die keinen Wendungen in dem Gespinnst ohne Präzisionen doch so zu arrangieren, daß die Lust bis zum Schlusse reger bleibt. Das Publikum sollte dem stottern Spiel, an das sich namentlich die Herren Braun, Claer, Birth und Fräulein Guhl Becker verdient machen, in kühnster animierter Stimmung, tief die Darsteller und den anwesenden Herrn Nabelburg wieder und wieder vor den Vorhang.

Die verübte Braut. Im Altonaer Stadttheater gab es ein neues Stück von Kurt Hiller. Die verübte Braut. Ein hübsches Lustspielchen von 25 Szenen erbt viele, viele Taler. Das keine Exzentrik macht alle Mannseute des Ortes rapsodisch. Sie aber, die Exzentrik, liebt einen Jüngling aus der Fremde, einen Wanderburschen. Seinerseits liebt der begünstigte Wanderbursch ihr Mädchen. Wäre die Mächtig der Tante und den jungen Leib der Nichte schenken. Dieses plötzlich Kruppelbes beehrte Mädchen, mit klugem Hirn und hungrigen Sinnen, hat ein überzeugendes Schicksal, um das sich der Autor mit eifrigem Tasen bemüht hat. Die „Verübte Braut“ hat Haltung und ist geschickt gearbeitet. Verträglich und romantisch, korrekt und theatralisch, heile

# Berliner Jahreswende!

Auf den Anfang und den Schluß. Was dazwischen liegt, war Berlin! Das kolossale Berlin der Schieberperiode!

Der Anfang: Ein geliebtes Gasthaus altdeutscher Art. Wohlgedachte Tische, gut geheizt. In der Mitte ein freier Raum zum Tanz. Auf dem Podium die Kapelle von vier Mann. Ausfühler. Die Leute arbeiteten am Tage irgendwo im Kontor oder in der Fabrik. Alle abgegriffene Noten, die sie vielleicht billig erstanden. Güte Palgerlände, dazwischen ein Rheinländer; aber echt und mit Gefühl. Töne, wie man sie in den rheinischen Wäldern pflegt. Ein Jüngling erscheint neben dem Klavier, spieler. Smoking, weiße Weste, rothhaarig. Haben Sie vielleicht einen Fortritt? — „Fortritt?“ Die Noten, die der Geiger ausfeilen wollte, werden zurückgelegt. Das Klavier schlägt an . . . Fortritt . . . und der Jüngling wackelt, schiebt, auf den Klavier, mit frummen Knien, wie in Berlin. Hoff und fort. Sie gehen zu Rheingold. Aus allen Poren dringt Musik. Hausweise wälzen sich die festlich Gekleideten im Tanz. Wo nur ein freies Mädchen, forttrittt es. In den Pausen schwirrt es und schwaht und lacht und lobt und trinkt und knallt. Und überall und immer wieder nur: Berlin. Wurzellose Menschen in „Stimmung“ nach der zweiten Flasche.

Der Schluß: Waslerade auf der Straße. Reierlasten, Gebrüll, Stöhnen und Puffen in den Straßenbahnen. Zwei Monocletträger schimpfen über die Revolution, über Ebert, weinen über die „entblätterte Krone“ und weißes Ende über Berlin. Am Kurfürstendamm besessene Weiber, besessene Kavaliere, an der Straße sitzt eine arme alte Frau und bietet Streichhölzer feil. Sieht unbeweglich in der Kasse, in der Kasse, sieht die Menschen an sich vorbeiziehen und die Jahre und hat nur einen Ruf und nur einen Gedanken: „Streichhölzer!“ Wie laufen ein Paket, haben kein Heines Geld, geben einen Zweimarktschein. Nehmen Sie nur mit, bezahlen Sie ein anderes Mal. Ich kann nicht wechseln, weil ich so schlecht sehe!“ Streichhölzer waren die Tausende von Menschen, die wir in der Nacht gesehen, Streichhölzer, von denen höchstens das vierte brennt und das, um sofort zu verlöschen, und diese arme Alte, einsam am Wege, war wenigstens ein Licht, das uns ins neue Jahr hineingeleuchtet.

Ein Reichsamt für künstlerische Beratung ist von der Reichsregierung geschaffen worden. Die Bedeutung dieser Schöpfung kann nicht groß genug gedacht werden und hoffentlich entspricht ihre Einordnung dieser Auffassung. Endlich

ist eine Organisation entstehen, in der Zeit und Volk durch die Verufenen Gelegenheiten finden, die größtenteils Kunstkräfte einzusetzen für alle die zahllosen Aufgaben, die dem kulturellen Wohl der Allgemeinheit dienen und die eben durch den Einfluß von Kunst zum höchsten Maße des Ausdrucks geführt werden sollen. Die wilhelminische Epoche kam nicht über den ihrem politischen System angehängten intellektuellen Stagnationszustand hinaus; sie rannte sich darin fest und häuften ihrer Umwelt ein Gerede, an der deren Rückwelt zu würgen hat. Jetzt kündigt der Weg einer neuen Zeit, die anders wirken will, sich an. Dr. Edwin Medeloh, der Leiter der Württembergischen staatlichen Kunstkommissionen, ist von der Reichsregierung ausgeschieden, das schwere Amt angezogen, und der Architekt Otto Baur übernimmt die Berliner Geschäftsleitung. Diese Verufenen sind nur ein Anfang. Sie werden dem Vorständigen noch nichts darüber auslösen, wie das Amt werden wird. Es fordert jedenfalls eine Persönlichkeit und beigeordnete Männer und Frauen, die das Götische zu geben und immer auch durchzuführen fähig sind.

Das Fontanebuch. Zum hundertsten Geburtstag des unfriedlichen Theodor Fontane fehlt es nicht an Festschriften. Wäre dem Dichter der „Gefühl Briefe“ und der „Erzungen, Wierungen“ zu Lebzeiten mit nur Ästhetischer Verehrung und Anerkennung begegnet worden, man löse wohl kaum in einem seiner Briefe diese Worte: „Gott, was ist Müd! Eine Griesuppe, eine Salsostelle und keine körperlichen Schmerzen — das ist schon viel.“ Aber so geht es wohl immer, und Fontane mag sich trösten. Auch heute noch, so können wir ihm nachweisen, liegt man die Julius Wolff mehr denn die Fontane, und Albrecht Schaeffer und Hermann Eichler stehen im Schatten und Strahl. Canahofers Häuser die Auslagen. Aber hübsch bleibt es, daß der Gedanklos ein Fontanebuch gebracht hat, von Ernst Heilborn feinsinnig und voll Spürsinn herausgegeben (bei S. Fischer, Berlin). Da finden wir einen Aufsatz aus Heilborns eigener Feder über Fontane als Persönlichkeit; seine geistige Unermüdbarkeit, die alle Resignation mit vorbleibender Ironie wieder wälzt, wird hier verdeutlicht. Thomas Mann schreibt über den alten Fontane, geht in seiner Augen, interessanten und langweiligen Art dem gewichtigen Schaffen des spät voll Gereichten nach. Otto Bismarck, Fontaneforscher nicht erst von heute, gedenkt des Dichters Frau Emilie und entwirft ein Bild, das sie uns als geistige Genossin nobelisiert. Das Buchlein bringt Entwürfe zu Novellen, eigene Veranlassungen sowie ein bislang unerschlossenes Tagebuch, das die letzten vierzehn Jahre umfaßt. In einem Briefe der neunziger Jahre heißt es:

„Alles Interesse ruht beim vierten Stand. Der Bourgeois ist furchtbar und Adel und Klerus sind altbacken, immer dasselbe. Die neue, bessere Welt fängt erst beim vierten Stande an. Das, was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben, hat das Denken, Sprechen, Schreiben der aristokratischen Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel edler, wahrer, lebensvoller.“



# Groß-Berlin

## Wahlspruch.

Nun sind wir drin im Neuen,  
bereit, was man so Dasein nennt,  
von neuem nachzuläuen,  
solang noch die Latichte brennt.

Mit heiterem Gesichte  
rin in die graue Zukunftswelt!  
Wir gehn nicht von der Fichte,  
wenn gleich die Sorgenmeute bellt!

Paulsen.

## Tummelplatz.

Gespensisch und fröhlich ragt die Halle des Friedrichsbahnhofs in den grauen Abendhimmel, kein Licht und kein Verkehr: Im Zeichen der Verkehrsperle! Der scharfe Wind fegt die Straße hinunter und vertreibt selbst die sonst so ausdauernden „Kleinen Mädchen“ von ihren gewohnten Plätzen unter dem Stadtbogen. Risikantig klopfen die Chauffeure, in ihre Pelze gehüllt, vor ihren Autos hin und her und sehen neidisch nach dem Tummelplatz gegenüber. Dort ist Licht, Wärme, geräuschvolle Musik und laufend andere schöne Dinge, die das Herz erfreuen. Allermeiste Attraktionen und Lebenswürdigkeiten bereichert das Ausschauungsfeld am Eingange. Und nur 20 Pf. Eintrittsgeld, wer kann da widersprechen. Zusammen mit einem Annuell Menschen werden wir durch eine Drehtür hineingeschleudert. An einem Schalter ladet man seinen Koffer an eine glänzende brillantenbesetzte junge Dame ob. Dann dürfen wir hinein.

Das erste, was wir wahrnehmen, ist ein überwältigender Geruch von warmem Fett, gerade gegenüber ist eine Würstbude, an der die Kavaliere ihre Damen traktieren. „Gerichte nur reine Ware“ steht mit Nietenlettern oben angeschrieben! Eine junge Dame, die sich vereinsamt fühlt, nähert sich uns mit verführerischem Augenblick und der lieblichen Frage: „Na, Dider, wie is er denn?“ und auf unsere höfliche aber bestimmte Ablehnung folgt prompt: „Über Duffel.“

Eine große Bude zieht unsere Blicke auf sich. „Zum Gluckshafen.“ Hier gewinnt jeder, 50 Pf. Eintritt. Eine große Menge erfüllt den Raum und betrachtet die herrlichen Gemälde, als da sind: „Marmorbüsten, edle Porzellane, Gemälde, Teppiche.“ Auf großen beschriebenen Scheiben liegen einzelne Pakete als Gewinn und dazwischen sehr viele Nieten. Jeder Einsatz kostet 1 Mark. Das Rad wird in Umdrehung gesetzt und dann durch einen Schlag aufgeschaltet. Die Spannung ist ungeheuer. Monte Carlo ist nichts dagegen. Plötzlich lautes Geschrei, ein Kavaliere hat zweifach hintereinander eine Niete gezogen und verlangt jetzt einen Freischlag. Der Besitzer weigert sich, die Stimmung wird erregt, schon bilden sich die Stoßtrupps. Wir entfernen uns, ehe es losgeht.

Die nächste Bude, das Lockkabinett! 50 Pf. Eintritt. Das ist nicht viel für heutige Verhältnisse. Also hinein. Ein kleiner Raum, an den Wänden Spiegel in Konlav- und Korbform, die die Zuschauer in verzerrter Form widerspiegeln. Und unzählige Menschen lachend, freischend und sich amüsierend. Ein langer wagner Jüngling betrachtet gedankenvoll sein Spiegelbild, das plötzlich spitzbäutig und plattfüßig geworden ist. Beim Hinausgehen höre ich ihn gerade noch sagen: „Ne, wie sich der Mensch doch ändern kann!“

Auf zum Hippodrom! 1 Mark Eintritt, dafür ist aber auch alles um so großartiger. Eine große Arena, in der Mitte der Stallmeister mit Hühner, Gockelhahn und Peitsche, leitet das Geschehen. Nach den aufreizenden Rängen einer Russinbunde treffen 10 Lebensmüde Säule im Kreise umher. Ein wundervoller Anblick! Obermstrass Marke Hammett sich ansternfüßt am Sattel fest und ein neckischer Zufall verdrängt ihr Röschchen. „Passen Sie man uff, der Hühner nicht platt“, ruft ein Vorwärtiger. Ein Soldat versucht vergeblich seinen Gaul zu schnellerem Laufe anzureißen und strompelt mit seinen Sporen; ebenso gut könnte er eine Schnecke anspornen. Plötzlich ein Pfiff und wie versteinert halten die Säule. Eine Minute Pause bis zum nächsten Akt.

Wir verlassen die Bude auf der Suche nach neuen Sensationen, das Karussell hat Hochbetrieb, seltsam umschlungen fahren die Mädchen in den Rutschen nach der Melodie „Das war in Schöneberg“. — Da ist die Schleifenbahn, 1 Mark Eintritt. „Das muß man gesehen haben, da muß man hineingetreten sein“, ruft der Besitzer. Wir setzen uns in eine Art von Schlitten, der an einem Seile läuft. Ein Lauf und wir sausen los, in die Höhe. Schon sind wir

sie in Altona einen sehr freundlichen Erfolg. Marie Perron gestaltete die Titelfigur.

„Die Jugendpäpster“ von Alfred Müller und Hans Lorenz, deren Aufführung im Hamburger Thalia-theater stattfand, sind ein onselbst lebendwürdiges, sonst antimusischer Schwank Tragfähige Routine und Kenntnis eines gewissen Publikums brachten den Erfolg.

Der Jungvolk-Kalender 1920, diese schöne Schöpfung des Hauptvorstands des Verbandes der Arbeiterjugendvereine, ist schon erschienen und wird, wie seine Vorgänger helle Freude ernten. Er behandelt im Hauptteil seiner Beiträge die Revolution und die Stellung der Jugend zur Revolution. Richard Wagner's glühendes Bekenntnis von 1849, das die Revolution als die schöpferische Macht der Menschheitsentwicklung feiert, leidet das Buch ein. Erwin Lortz gibt eine geschichtliche Darstellung des Novemberumsturzes, seiner Ursachen und Folgen. Karl Korn, der Baummeister der Jungvolk-Bücher, spricht über den Sinn der Revolution und die Aufgabe der proletarischen Jugend. Die neueste Lage unierer Jugendbewegung behandelt. Rich. Weimanns Beitrag „Neue Ziele und Wege“. Befehl und Tätigkeit unseres Revolutionsparlamentes der Rationalverammlung schildert aus eigener Kenntnis und Erfahrung Wilhelm Solmann. A. Conrads erzählt die Geschichte der ersten deutschen Rationalversammlung, des Frankfurter Parlamentes. Einem Revolutionär, der ungleich härter als in jenen vergangenen Tagen in der lebenswichtigen Gegenwart nutzlos, ist Conrad Schmidts Gedankensatz zum 100. Geburtstag Friedrich Engels gewidmet. Den revolutionär gestimmten knöcheligen Kritiker der wilhelminischen Ära, Th. Th. Brüne, führt Konrad Diederich den Lesern in Wort und Bild vor. Nur ein Teil des Inhalts ist dies, aber der wichtigste; jeder Beitrag, auch das hier nicht Genannte, steht auf guter Höhe. Das Buch kostet 1,80 M.

Theater. Im kleinen Theater führt Edgar Loh die Spielstätte der am 5. Januar stattfindenden Aufführung von Heinrich Launens „Die Starbausemühle“. — Im Schiller-Theater Charlottenburg findet am Freitag die erste Aufführung des fünfaktigen Dramas „Der Motor“ von Hans H. Fischer statt.

Der Berliner Volkstheater beginnt am Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des königlichen Gymnasiums Eisenerstraße 57, einen Elementaraktus der Rotenlehre. Auch für Nichtmitglieder! Die Chorproben beginnen am Freitag, den 3. Januar, in derselben Aula. Neueinspielung: Westhosen, IX. Symphonie.

Ein klassisches Neujahrsgeschenk des „Volkstheaterbundes“, unter der ausgezeichneten Leitung Wördes, desigerte die Besucher im Ufaaal am 30. und sagte ihnen, was Trost und Erhebung zu finden ist, wenn das neue Jahr dem alten gleichwertig werden sollte.

Ein Jugendwerk Franz Wedekinds, die Bauernmohle „Marionette“, wird jetzt erstmalig in ersten Heft der neuen Wochenchrift „Der kleine Roman“ veröffentlicht, die Herbert Ihering im Verlag G. E. Hermann, Berlin, herausgibt. Willy Buddel hat zu der Novelle eine Anzahl Zeichnungen geschaffen. Der Herausgeber will dafür sorgen, daß die Bilder das Wort des Erzählers steigern.

oben, unter uns dreht sich das Karussell mit seinen vielen Rädern, jetzt sehen wir mit einem Blick den Bahnhof und tief unten die Straße. Wie im Film saust alles vorbei, jetzt losfährt hinunter, vor uns freischend ein Mädchen laut auf und schon sausen wir auf ebener Erde noch einmal im Kreise herum und sind erlöst. Rechten Herzens trennen wir uns von der lauten Stätte und drängen uns mühselig bis zum Ausgange durch. Und immer neue Scharen strömen herein!

Alle diese erblühen in diesem lärmenden Großstadtleben eine amehnbare Abwechslung ihres sonstigen einödnigen Alltagslebens. Wie lange wird es dauern, bis auch alle diese Sehnsucht nach einer höheren, launigen Unterhaltung und Hunger nach einer wahren Kunst empfinden werden?

H. B.

## Ein Rechts- und Polizeistandal.

Rechtsanwalt Oborniker schreibt uns:  
Am 3. Mai 1919 wollte ein Sicherheitskrieger J. einen Brotkuchenhändler E. in der Grenadierstraße festnehmen. Da dieser zu entweichen versuchte, schloß der Soldat auf ihn und verletzte ihn durch Kopfschlag so schwer, daß E. auf der Stelle tot zusammenbrach. Als der Soldat sah, was er angerichtet hatte, kehr er, ohne sich, um den Toten zu kümmern, schnurstracks zur Wache. Dort meldete sich kurz darnach freiwillig ein russisch-polnischer Jude D. mit einer Reihe weiterer Zeugen, die bekundeten, daß der Soldat unanständig und ohne Warnung auf den Brotkuchenhändler geschossen hätte. Der Soldat behauptete, daß der Zeuge ihn durch Bedrohung mit einem Revolver an der Verhaftung des Brotkuchenhändlers gehindert und er deshalb geschossen hätte. Auf die Beschuldigung des Soldaten verhaftete man D. sofort und erhob Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gegen ihn. Am 24. Mai 1919 wurde D. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde rechtskräftig. Nachdem D., der ständig seine Unschuld beteuerte, 4 Monate Gefängnisstrafe verbüßt hatte, ließ er das Freiheitsnahmeverfahren betreiben. Dem Gesuch auf Wiederaufnahme, das zunächst von dem Gericht nach Anhörung der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde, wurde auf sofortige Beschränkung stattgegeben. Die erneute Hauptverhandlung fand am 20. Dezember vor dem gleichen Gericht, das die Verurteilung ausgesprochen und die Wiederaufnahme abgelehnt hatte, statt. Ohne daß sämtliche Entlastungszeugen vernommen waren, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft sofortige Verhaftung des Soldaten wegen Meineids und Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht nahm an, daß der Soldat objektiv Unwahrheit beschworen, hielt jedoch nicht für erwiesen, daß seine Aussage wesentlich falsch sei. Den Angeklagten sprach es frei und ordnete seine sofortige Entlassung an.

Niederdrückender als die Tragik dieses Falles ist das Verhalten der Behörden in dem nun einsetzenden Nachspiel. Vom 20. bis 23. Dezember ließ man den Angeklagten, dessen Unschuld erwiesen war, im Strafgefängnis Plötzensee weiterknechten. Das Unrecht schien unendlich angeht nicht. Und eines russischen Juden wegen kann man doch wohl nicht Zeterhohn oder Voten in Bewegung setzen! Ein Verbrecher muß zwar innerhalb 24 Stunden dem Richter vorgeführt werden, damit dieser über die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung entscheide; aber wozu gleiche Rücksicht gegenüber einem, der unschuldig eingekerkert war! — Aber auch am 23. Dezember entließ man den Freigesprochenen nicht. Man schaffte ihn nach dem Polizeipräsidium, Zelle 69, Station 5. Hier durfte er vom 23. bis 31. Dezember 1919, also weitere volle acht Tage, über sein noch ungeschriebenes Gewohnheitsrecht strafbares Verbrechen, russisch-polnischer Jude zu sein, Betrachtungen anstellen. Bei seiner Entlassung am 31. Dezember sagte ihm der Kommissar, daß er ausgewiesen sei und innerhalb von zwei Tagen Berlin verlassen müsse. Er legte ihm einen Zettel zur Unterschrift vor, dessen Inhalt der Freigesprochene nicht weiß. Einen christlichen Ausweisungsbefehl hat D. nicht erhalten. Keine sofortigen Versuche, am 1. Januar 1920 zu erfahren, ob wirklich der (sonst unbescholtene) Freigesprochene am 1. Januar Berlin verlassen müsse, scheitern daran, daß am 1. Januar weder ein zuständiger Beamter noch nach Auskunft der Herr Polizeipräsident zu sprechen waren.

## Kanbmord in Berlin N.

In der Gipsstraße 22 wurde die 24jährige ledige Schneidlerin Margarete Dum mit ermorde und beraubt aufgefunden. Gind ihrer Zimmer hatte sie bis vor kurzem an einen Studenten vermietet. Sie lebte sehr zurückgezogen. Sie verdiente durch Wahrsagen und Kartenlegen noch nebenbei. Sie erhielt häufig den Besuch von jungen Mädchen, während sie Männern nur selten Zutritt gewährte. Donnerstag nachmittags hörte ein Flurnachbar die Rufe der Flurnachbarin jämmerlich mauen. Er schöpfe Verdacht, um so mehr als in dem Briefkasten noch mehrere Briefe und die Zeitung vom 20. v. M. sich befanden. Mit dem Hausverwalter öffnete er die verschlossene Wohnungstür. Auf der Leiche lag ein kleiner weißer Tischläufer, mit dem die Leiche erdroffelt worden ist. Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche sonst nicht sichtbar. Auf dem Tisch standen Kaffeetassen und Kuchenreste. Mehrere Teller lagen zertrümmert auf dem Fußboden. Sie lassen darauf schließen, daß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein kurzer Kampf stattgefunden hat. Was dem Täter in die Hände gefallen ist, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich aber hatte die Ermordete Erparnisse. Sie hob diese in einem kleinen Schrank auf, der gleichfalls erbrochen ist. Der Schrank in diesem Zimmer war geöffnet. Wahrscheinlich hat der Mörder das Licht brennen lassen. Es ist erloschen, nachdem das Gas des Automaten verbraucht war.

Die Ermittlungen wurden sofort eingeleitet, doch fehlt bisher noch jeder Verdacht. Für die Aufklärung des Verbrechens und Ergreifung des oder der Täter ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

## 15 Kirchengeldbrüche aufgeklärt.

Zwei Kolonnen Kirchengeldbrüche, die unabhängig voneinander „arbeiteten“, wurden noch lange und mühevollen Nachforschungen von der Kriminalpolizei endlich unschädlich gemacht und hinter Schloß und Riegel gebracht. Die „Kolonnen“ waren nicht stark — jede zählte nur zwei Mann, aber um so tüchtiger und erfolgreicher. Die eine hatte sich zum Arbeitsfeld den Norden Berlins und die nördlichen Vororte gewählt. Sie bestand zunächst aus einem Berliner Hermann Kaiser aus der Schönholzer Straße und dem berühmten Entfesselungskünstler Jacques Schmitz. Kaiser, ein Gentleman-Einbrecher, der nur im Gesellschaftsbereich mit Ladungsfeldern geht, kam bald zu der Überzeugung, daß sich der Entfesselungskünstler für ihn nicht eigne. Er trennte sich von ihm und nahm sich den Dreher Erich Karst, einen wegen Einbruchs wiederholt vorbestraften Menschen zum Gehilfen. Schmitz wurde denn auch bald nach einem Einbruch in die Kirche von Rosowes in einem dramatischen Auftritt von zwei Wachtmeistern des Dezernats in der Nähe des Volkshofes Spandau festgenommen.

Kaiser und Karst brachen nun in die Kirchen von Blankenburg, Mohlsdorf, Kaulsdorf, Heinersdorf, Malchow, Tempelhof, Wiesdorf und Buch ein, gelegentlich auch noch in einige Villen, wie in Reudamm bei Rützin und Budow bei Münchberg. Wertvoll fanden sie Teppiche, Decken und mehr oder weniger wertvolle Kirchengeräte aller Art. Nur die Kirche in Heinersdorf war, wie Kaiser sagt, so arm, daß dort nichts zu holen war. In Wiesdorf erbeuteten sie einen so schweren Teppich, daß sie ihn nur bis nach der Landstraße schleppen konnten. Sie fuhren deshalb rasch mit der Bahn nach Berlin, borgen sich 300 M. und nahmen dafür einen Kraftwagen, um den Teppich zu holen. Heute, die frühmorgens des Weges kamen, halfen ihnen bereitwillig beim Aufladen der schweren Last. Der Chauffeur aber war nicht so ahnungslos. Er durchschaute die Zusammenhänge und schlug rasch auf den vereindorten Fahrpreis von 300 M., den er schon in der Tasche hatte, noch 300 M. drauf, die ihm die Einbrecher denn

auch wohl über Welt nachhaken mußten, weil er sie sonst gar Polizei bringen wollte.

Die zweite Kolonne bestand aus den Soldaten Fritz Pierte und Ernst Thoman, die in Berlin in einem Lazarett lagen. Sie suchten zunächst die Pfandkirche beim und dann die Gotteshäuser in Wilmerdorf, Jossen, Großbeeren, Birkenwerder, Lantow und Dablow. In Dablow wurden sie von einem Nachfahrer gestellt, als sie mit der Beute das Dorf verlassen wollten, fügten sich auch scheinbar, ließen aber plötzlich davon, während der Nachfahrer seine Maschine an einen Baum stellte, um sie dann mit einer Pistole bewaffnet, abzuführen. Einer von ihnen erhielt dabei einen Schuß in den Arm. Der Nachfahrer war durch verdrängte Fragen auf sie aufmerksam geworden. Die Einbrecher pflegten nämlich auf Geraden nach irgendeinem Ort nichts hinauszufahren und dann im Finstern die Kirche zu suchen. Den einzigen Anhalt gab ihnen eine große Karte von Berlin und Umgebung, auf der die Kirchen durch ein Kreuz angedeutet sind. Handen sie ihr Ziel nicht ohne weiteres, so fragten sie eben bei Orts-einwohnern, die sie zur Notiz noch trafen, herum, bis sie es erreicht hatten. Dann verkrachten sie sich mit Dietrichs oder der Nachführer Einlad über auch, indem sie eine Fensterscheibe einbrachen, und „arbeiteten“ ungeschickt. Es gelang, nicht nur die vier Einbrecher zu fassen, sondern auch eine Menge Teppiche und Geräte aller Art wieder herbeizuschaffen. Kirchengeräte waren zum Teil bereits verarbeitet. So trug die Braut Kaiser einen Rock aus Kirchengeld. Den Kirchentisch sollen außer den erwähnten, deren sie überführt und geständig sind, ohne Zweifel auch noch andere Kirchengeldbrüche, die sie vorläufig noch leugnen, zur Last-

für 1/2 Millionen Mark Rosenbl gestohlen. Aus einer Fabel in Leipzig wurden, wie uns von dort berichtet wird, 20 Kanister, enthaltend 36 kg. Rosenbl, gestohlen. Auf deren Wiederherbeischaffung ist eine Belohnung von 30 000 M. ausgesetzt. Da bestimmte Anhaltspunkte dafür sprechen, daß das Rosenbl nach Berlin verschoben werden soll, so fordert auch die hiesige Kriminalpolizei danach. Wer über sein Aufsuchen Nachricht geben kann, wird gebeten, sich im Zimmer 83 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

100 000 M. von falschen Beamten „beschlagnahmt“. Um 100 000 M. in Laufendmarckheinen geprellt wurde gestern ein Kaufmann aus der Rosenhaller Str. 16. Gestern morgen gegen 7 1/2 Uhr klopfte es bei diesem Mann an der Haustür seiner Wohnung. Als geöffnet wurde, traten zwei Männer ein, von denen der eine bürgerliche Kleidung, der andere Polizeimachtmannstrafe trug. Der Bittliche gab sich dem noch im Bett liegenden Kaufmann als Kriminalkommissar Bürger aus und erklärte, daß er in dienstlichem Auftrage eine Durchsuchung der Wohnung vornehmen müsse, weil der Verdacht gegen ihn bestehe, daß er Scherbergelocher mache. Weil sich der vermeintliche Kriminalkommissar aufwies und sein Begleiter richtige Polizeimachtmannstrafe mit Dienstmütze und umgeschultertem Revolver trug, schöpfte der Kaufmann keinen Argwohn und ließ, während er sich ankleidete, eine Durchsuchung seiner Räume vornehmen.

Zunächst fanden die „Beamten“ in seiner Brieftasche 7000 M. Weil sie jedoch mehr Geld bei ihm vermuteten, schickten sie die Durchsuchung fort und sagten dem Kaufmann, daß er einen großen Geldbetrag in der Wohnung habe, weil er nach Wien reisen wolle. Im Schreißbüch fanden sie denn auch schließlich fünf gebündelte Pakete mit je 20 Eintausend-Markscheinen. Dieses Geld „beschlagnahmt“ sie. Ueber die „Beschlagnahme“ stellte der „Herr Kommissar“ eine Quittung aus und sagte dem Kaufmann, daß das Geld im Zimmer 106 des Berliner Polizeipräsidiums niedergelegt werde und dort entschieden würde, ob es beschlagnahmt bleibe oder ihm wieder ausgehändigt werde.

Erst nachdem sich die „Beamten“ entfernt hatten, hing dem Kaufmann der Verdacht auf, daß es damit nicht seine Wichtigkeit habe. Er erkundigte sich auf dem Polizeipräsidium und wurde so bald gewahrt, daß er Garmern ins Garn gegangen war. Der „Herr Kommissar“ ist etwa 30 Jahre alt, 1,85 Meter groß und schlau, hat schwarzes, gekämmtes Haar und einen kleinen gestulpen Schnurrbart und trug einen dunkelgrünen Filzhut, der vorn heruntergezogen war, und einen dunklen Ueberzieher. Der „Polizeimachtmann“ ist etwa 40 Jahre alt und hat ein barloses Gesicht.

Für 300 000 Mark Diamantzestehne gestohlen wurden in der Zeit vom 24. bis 30. Dezember bei der Deutschen Edelindustrie in Oberhohensownde. Die Einbrecher stahlen die wertvollen Steine, die zum Drähziehen verwendet werden, aus einem eingemauerten Geldschrank. Die Diebe können die Steine nur an Drahtzieherien und Diamantzestehnfabriken abgeben. Falls sie bei einer solchen angeboten werden, wollen sich die Fabriken mit der hiesigen Kriminalpolizei, Zimmer 92, Kurf 430, Kriminalinspektor von Berger, in Verbindung setzen. Auf die Wiederherbeischaffung der Steine ist eine Belohnung von 15 000 M. ausgesetzt.

Großer Dachstuhlbrand. Auf dem Grundstück des böhmischen Brauhauses, Landberger Allee 12, entstand gegen 7 Uhr ein Dachstuhlbrand. Am Löschen des Feuers sind drei Hüge der Feuerwehr beteiligt. Der Dachstuhl ist bis zum 2. Stockwerk eingestürzt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Neufähns Schulpflegerrinnen. Ueber den Aufgabekreis der hiesigen Schulpflegerrinnen Neufähns herrscht in der Bevölkerung im allgemeinen noch keine Klarheit. Die von der Stadt Neufähns angestellten 10 Pflegerrinnen bei dem Dezernats für das Gesundheitswesen unterstellt sind, sollen die Vermittlerinnen zwischen Schule, Schulrat und Elternhaus sein. Sie erstreben vor allem eine wirksame Befähigung der Hausväter für alle beherrschenden, vernachlässigten und vernachlässigten Volksschulkinder. Mit dem Schulrat arbeiten sie Hand in Hand. Durch Besuch der in Frage kommenden Haushaltungen der Kinder überzeugen sie sich von der Befähigung der schulärztlichen Ratshilfe und versuchen durch entsprechende Einwirkung auf die Eltern der Kinder sowie bei häuslichen Missetätigkeiten durch geeignete Belehrung und eventuell tätiges Eingreifen eine Abstellung aller gesundheitlichen Mängel zu erzielen. Eine Mitwirkung der Pflegerrinnen erfolgt auch bei Auswähl der alljährlich in Ferienkolonien, aufs Land usw. zu entsendenden Kinder, der Teilnahme an den Schulpflegerrinnen und der Befähigung der Kindervollführer.

Die diesjährigen Weihnachtsferien werden wegen Kohlenmangels bis zum 19. Januar einschließlich verlängert. Diese Bestimmung gilt für die höheren, mittleren und die Gemeinde- und Quiltschulen.

Oranienburg. Stadtverordnetenversammlung. Der Arbeiterpartei wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt. Auch unsere Fraktion trat für Verbeibehaltung ein, weil der neuernannte Polizeikommissar Herla (H. S. P.) scheinbar aus politischen Gründen immer noch nicht befähigt ist. — Die Schulbehörde der höheren Schulen wurden wegen der finanziellen Notlage der Stadt wie die hiesigen Sätze erhöht. Die Mehreinnahme wird durch vermehrte Anstellung von Lehrern und Teilung von Klassen aufgebracht. — Jugestimm wurde einer Schenkungssteuer und der Erhebung eines Gemeindesteuersatzes zu der Reichsgrundsteuer. — Die Staatsregierung soll ersucht werden, in Oranienburg ein Staatsbureau zu errichten.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglich, 3 Pfund Rastoffeln (18-9). An Stelle der fehlenden 4 Pfund 1 Pfund Großprei. Bis 6. Januar 25 Gramm Zeigwaren (106), 125 Gramm Nahrungsmittel (108), 250 Gramm Obst, Nahrungsmittel (109), 125 Gramm Isot (107). Restpost je Pfund 10 Pf. Restpost je Pfund 5 Pf. Steigkau. Donnerstag 250 Gramm Weizen (110), 125 Gramm Rindfleisch (111). Abschnitte bis Sonntag abgeben.

Vanow. Ab Sonnabend 250 Gramm Zeigwaren (107 u. 108).

Wittenau. Ab Sonnabend 150 Gramm Gruppen (107), 150 Gramm Gänsefleisch (108).



